

**Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der  
Konferenz der europäischen Bürgermeisterinnen und  
Bürgermeister zu dem Thema „Europa - Flüchtlinge sind unsere  
Brüder und Schwestern“ am 9. Dezember 2016, 15:39 Uhr, Rom**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Eminenzen, Exzellenzen,  
Eure Eminenz Msg. Sánchez Sorondo,  
verehrte Amtskolleginnen und Amtskollegen,

auch ich bedanke mich sehr bei dem Heiligen Vater und allen, die diese  
Veranstaltung möglich machen, auch Ihnen allen, dass Sie gekommen sind. Und ich  
danke Ihnen für Ihre deutlichen Worte, die teilweise von den Staatsinteressen  
abweichen.

Ich möchte mich diesem leidenschaftlichen Plädoyer für Menschlichkeit und  
Solidarität anschließen.

Ich freue mich sehr, hier vor Ihnen - und später hoffentlich auch noch mit Ihnen -  
sprechen zu können. Es ist eine einmalige Gelegenheit, dass sich so viele  
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister europäischer Metropolen einmal direkt  
treffen. Denn viele von Ihnen haben ja in den letzten Monaten Ähnliches erlebt. Die  
Städte sind immer Reparaturbetriebe dessen, was in Europa und den einzelnen  
Mitgliedsstaaten nicht funktioniert.

65 Millionen Menschen waren Ende 2015 auf der Flucht. So viel wie noch nie. Die  
allermeisten Menschen sind in die Nachbarländer geflohenen, irakische und syrische  
Geflüchtete nach Jordanien, in den Libanon, in die Türkei. Was diese Länder leisten,  
kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Wenn wir also in Europa meinen, das  
Boot sei voll, was sollen dann diese Länder sagen?

Allein neben Spyros Galinos aus Lesbos zu sitzen, macht mich stolz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Debatte über die vielen Geflüchteten, die zu uns gekommen sind, ist oft von einem Strom die Rede, einem Flüchtlingsstrom. Oder einer Welle. Oder einer Flut. Mir gefällt diese Wortwahl ganz und gar nicht. Denn sie macht die vielen einzelnen Menschen, die da kommen, zu einer unspezifischen Masse, und nimmt ihnen das Individuelle. Und man bekommt fast den Eindruck, als habe man es hier mit einer Naturkatastrophe zu tun.

Dabei handelt es sich ganz bestimmt nicht um eine Naturkatastrophe. Die Situation, die wir hier haben, ist von Menschen gemacht. Sie haben die Kriege begonnen, wegen derer nun so viele ihr Zuhause verlassen müssen. Und nur Menschen können die Not wieder lindern.

Meine Damen und Herren,

ich möchte Ihnen berichten von unserer Situation in Köln, wo ich seit gut einem Jahr Oberbürgermeisterin bin - einer internationalen Stadt, von den Römern gegründet. Vielfalt liegt in der DNA unserer Stadt. Wir haben etwas mehr als eine Million Einwohnerinnen und Einwohner, und unsere Stadt wächst jedes Jahr um viele tausend. Zu uns sind in den letzten zwei Jahren knapp 14.000 Geflüchtete gekommen, dazu noch mehrere Hundert allein reisende Kinder und Jugendliche. Es gab Wochen, in denen wir 400 Menschen auf einmal aufzunehmen hatten. Sie kamen mit Bussen und Zügen und waren plötzlich da, ohne dass wir uns vorher groß darauf vorbereiten konnten.

Für uns war die große Zahl an Menschen, die da kamen, natürlich eine immense Herausforderung. Als Allererstes mussten wir sie sicher unterbringen - ihnen eine Unterkunft geben und Lebensmittel und Kleidung. Und danach auch Sprachkurse organisieren und Plätze in der Schule und im Kindergarten.

Wir mussten spontan sein. Und Sie alle wissen, spontan zu sein, ist nicht unbedingt eine Stärke von Verwaltungen.

Aber gemeinsam mit den Verbänden und Organisationen unserer Stadt haben wir es - so glaube ich - ganz gut geschafft. Wir haben circa 180 Willkommensklassen, etwa die Hälfte in vernünftigem Wohnraum.

Das ist uns aber auch nur gelungen, weil wir schon Jahre vorher Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Geflüchteten geschaffen haben. Es gab schon lange Leitlinien für die Unterbringung von Geflohenen und einen Runden Tisch, der den gesellschaftlichen Konsens zu Flüchtlingsfragen herstellen konnte. Zudem haben wir eine klare gemeinsame Haltung entwickelt: Es lohnt sich, in alle Menschen zu investieren, auch wenn sie keine Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht haben.

Das alles hat uns geholfen, bürgerschaftliche Kräfte zu mobilisieren. Sehr viele Kölnerinnen und Kölner haben uns ehrenamtlich geholfen. Darunter waren auch viele, viele engagierte Kirchenmitglieder. Katholische vor allem, denn Köln ist traditionell katholisch. Aber auch protestantische und andere.

Und unter den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern waren ebenfalls viele, die selbst früher einmal als Geflüchtete und sogenannte „Gastarbeiter“ nach Köln gekommen sind. Auch das hat mich besonders gefreut. Damals sind sie integriert worden, und heute integrieren sie andere. Das zeigt doch: Wenn Integration einmal funktioniert, dann wachsen auch die Chancen, dass sie nochmal funktioniert.

Meine Damen und Herren,  
wir in Köln haben von Anfang an das Ziel gehabt, die Menschen in der ganzen Stadt unterzubringen - und nicht nur gesammelt irgendwo draußen vor den Toren. Das war, das ist uns wichtig. Weil der Wohnraum knapp ist, konnten wir vielen erst einmal nur einen Platz in Containersiedlungen, Turnhallen und alten Hotels anbieten. Und leider leben viele auch noch immer dort.

Denn leider sind auch unsere finanziellen Mittel beschränkt. Die Ausstattung der Kommunen in Deutschland ist nicht gut, die Haushalte sind eng bemessen, und das gilt für Köln im Besonderen. Eigentlich bräuchten wir zusätzliche Milliarden, um zu investieren, um Strukturen zu schaffen und Wohnungen zu bauen. Wohnungen, die

wir auch langfristig gut gebrauchen könnten, weil unsere Stadt auch ohne Geflüchtete Jahr für Jahr um mehrere Tausend Menschen wächst. Aber die nötigen Gelder haben wir nicht.

Dennoch sind wir zuversichtlich, dass wir den Geflüchteten jetzt bald nach und nach bessere Unterkünfte bieten können. Was uns in Köln ganz wichtig ist: Wir möchten, dass so viele Flüchtlingsfamilien wie möglich in ganz normalen Wohnungen leben können. Das ist unsere Vision. Wir wollen keine räumliche Ausgrenzung, keine Ghettos.

Wir möchten, dass die Geflüchteten direkt unter uns leben, mit uns leben. Denn wir sind überzeugt, dass wir Ausgrenzung und Neid und Missgunst dann am besten verhindern können, wenn wir zusammen sind, uns kennenlernen, miteinander reden, und das auch im Alltag.

Und wenn wir sehen, dass die Rechtspopulisten - von denen es leider auch bei uns so viele gibt - gerade dort besonders wenig Stimmen bekommen, wo viele Migrantinnen und Migranten leben, so gibt uns das doch recht. Es ist auch gut, dass das Wahlergebnis von Österreich bewiesen hat, dass Populismus nicht mit Populismus bekämpft werden muss, sondern auch mit Haltung bekämpft werden kann.

Natürlich: Wenn plötzlich 14.000 Menschen aus einem ganz anderen Kulturkreis nach Köln kommen, um hier zu leben, für einige Zeit oder dauerhaft, dann erleben das auch andere als Stress. Es fällt den Menschen nie ganz leicht, sich an Neues zu gewöhnen.

Dabei dürfen wir auch nie vergessen: Den wahren Stress haben nicht wir, die wir schon da sind, den Stress haben die, die fliehen mussten.

14.000 Geflüchtete sind wirklich viele. Aber eine Millionenstadt kann doch bei dieser Herausforderung nicht kapitulieren! Im Verhältnis zur Bevölkerung meiner Stadt sind das auch nur 1,3 Prozent. Oder anders gesagt: Stellen Sie sich vor, Sie sitzen mit 80

Menschen in einem Restaurant, und ein weiterer kommt herein. Der wird schon noch Platz finden.

Natürlich gibt es nicht nur Positives zu berichten, bei weitem nicht. Bei uns in Köln gab es in der Silvesternacht schreckliche Angriffe auf Frauen - sexuelle Übergriffe und Diebstähle. Die Taten dieser Nacht sind auch jetzt - fast ein Jahr später - noch nicht aufgeklärt. Das ist bitter, vor allem für die betroffenen Frauen. Durch das Versagen der Polizei entstanden ein rechtsfreier Raum und ein kriminelles Phänomen.

Einige der Täter waren Geflüchtete. Doch war es insgesamt nur eine kleine Minderheit aller Geflüchteten. Und es ist nie richtig, eine ganze Gruppe für die Taten eines Teils verantwortlich zu machen.

Die vergangene Silvesternacht in Köln hat die Diskussion über die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland polarisiert. Sie gab denjenigen, die eine ablehnende Haltung hatten, ein Ventil.

In Köln hat sich durch den Zuzug von Geflüchteten in den letzten Jahren weder die Sicherheitslage geändert, noch durch die Silvesternacht die Willkommens-Kultur.

Meine Damen und Herren,  
ich bin überzeugt, dass die Geflüchteten ein Gewinn sein können für uns - ja, auch und gerade wirtschaftlich.

In Deutschland wird oft eine Unterteilung gemacht zwischen gut ausgebildeten Zuwanderern, die wir haben wollen, und nicht gut ausgebildeten, die wir lieber nicht haben möchten. Das finde ich falsch. Ich meine: Jeder kann uns helfen, jeden können wir weiterbilden. Deutschland ist ein Land, das immer älter wird, dem bald Arbeitskräfte fehlen werden. Auch deshalb können wir uns Ausgrenzung gar nicht leisten.

Und wir sollten auch bedenken, dass die Geflohenen in ihrer Heimat oft alles verloren haben. Sie haben ihre Angehörigen verloren, sie haben ihr Zuhause verloren, ihre Heimat. Aber eins haben sie nicht verloren, und das sind ihre Talente. Sie haben sich

mit großer Energie und Gottvertrauen auf die Reise ins Ungewisse gemacht, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern und die ihrer Kinder.

Meine Damen und Herren,

uns ist es inzwischen immerhin gelungen, Hunderte von Flüchtlingsfamilien in normalen Kölner Wohnungen unterzubringen. Dabei hat uns die katholische Kirche sehr geholfen: Das Erzbistum und ihre Wohnungsgesellschaft haben Wohnungen zur Verfügung gestellt und Kosten übernommen.

Ich bin zuversichtlich, dass die Integration gelingen wird, auch und gerade mit Hilfe der Religionsgemeinschaften. In Köln gibt es über 100 von ihnen, die auch immer in engem Austausch stehen. Wir haben den sogenannten Rat der Religionen, in dem sich alle Glaubensrichtungen zusammengeschlossen haben. Immer, wenn etwas geschieht, das eine Antwort erfordert - wie etwa die schrecklichen Terroranschläge von Paris -, dann macht der Rat deutlich: Krieg und Terror im Namen der Religion darf es nicht geben.

Meine Damen und Herren,

die Europäische Union hat es noch nicht geschafft, die notwendige Solidarität der Mitgliedsländer herzustellen.

Im Sozialforum Eurocities in Athen wurde vor kurzem ein symbolischer Pakt geschlossen - eine Allianz der Städte in Europa! Es wäre schön, wenn wir diese Haltung heute und morgen hier bestätigen.